

Die Erfahrungen des MfS belegen in diesem Zusammenhang, daß diese gegnerischen Einwirkungen vor allem dort auf fruchtbaren Boden fallen, wo es vielfältige Mängel hinsichtlich einer einfühlsamen, zur Mitwirkung befähigenden und herausfordernden, bürgernahen und auf die tatsächlichen Bedürfnisse und Interessen der Menschen ausgerichteten Arbeit der verantwortlichen staatlichen Organe, gesellschaftlichen Organisationen und Kräfte gibt.

BStU

000247

Die Erkenntnisse des MfS und eigene empirische Untersuchungsergebnisse belegen, daß Bürger der DDR im Umgang mit staatlichen Organen im Wohn- und Freizeitbereich in nicht wenigen Fällen negative Erfahrungen machen, die beim Zustandekommen feindlich-negativer Einstellungen und Handlungen Wirkungsgewicht erlangen können. Diese negativen Erfahrungen sind stets objektiv geeignet, das Vertrauensverhältnis der Bürger zum sozialistischen Staat zu untergraben, weil der sozialistische Staat und die sozialistische Gesellschaft in ihrer Gesamtheit vor allem auch an der Tätigkeit ihrer staatlichen Organe gemessen wird und das Erleben der Arbeit der Staatsorgane wesentlichen Einfluß auf die Einstellung der Bürger zur Arbeiter-und-Bauern-Macht sowie auf deren soziale Aktivitäten hat.¹

Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Bürger durch die zuständigen staatlichen Organe über die sie bewegenden kommunalpolitischen Angelegenheiten nicht oder nur unzureichend informiert und in deren Lösung einbezogen bzw. in bestimmten Fällen mit bürokratischen Verhaltensweisen einzelner Mitarbeiter von Staatsorganen bei berechtigten Anliegen konfrontiert werden, wie z. B. durch Nicht- oder verspätetes

¹ Petzold, S./Schröder, O., Sozialistische Demokratie - für jeden erlebbar, Einheit 4/1984, S. 312
Schüßler, G., Diskussionsbeitrag auf der Gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des ZK der SED am 15. und 16. 12. 1983 in Berlin, a. a. O., S. 84 ff.,
Weichelt, W., Über sozialistische Demokratie und demokratischen Zentralismus, Einheit 4/1984, S. 304 ff.